

Antifa in der Krise?!

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hrsg.), »Antifa heißt Luftangriff!« Regression einer revolutionären Bewegung, LAIKA Verlag, Hamburg 2014, 212 Seiten.

Es steht schlecht, ganz schlecht um die Antifa-Bewegung hierzulande. Der Begriff des Antifaschismus ist entleert und pervertiert. »[E]in falsches Bewusstsein vom Antifaschismus« (S. 11) greift Raum in einer geschichtslosen radikalen Linken. Da geben »[f]renetische Bejubler des »War on Terror«« (S. 12) und bellizistische Freunde Israels den Ton an. Von einem revolutionären Antikapitalismus ist die Antifa-Bewegung, die es sich in der Berliner Republik gemütlich gemacht hat, weit entfernt. Die radikale Linke ist nicht mehr Sand im Getriebe, sondern Schmiermittel im kapitalistischen Motor.

In ihrem Vorwort des von ihnen »Antifa heißt Luftangriff!« genannten Sammelbandes zeichnen Susann Witt-Stahl und Michael Sommer ein düsteres Bild vom Zustand der linksradikalen Antifa-Bewegung. Die Sammlung von Streitschriften geht hart ins Gericht mit jener Bewegung, die seit den 1980er Jahren die wohl mobilisierungsstärkste und richtungsweisendste Strömung innerhalb der bundesrepublikanischen radikalen Linken war. In neun Beiträgen treten die Autor_innen den Nachweis an, dass mit *dieser* Antifa kein Staat mehr zu sabotieren ist.

Den Anfang macht die Mitherausgeberin Witt-Stahl: Einem Parforceritt durch die Totalitarismustheorien Hayekscher und Lippmannscher Prägung folgt die durchaus treffende, aber keineswegs neue Erkenntnis einer neoliberalen Durchsetzung aller gesellschaftlichen Bereiche. Tatsächlich ist die totalitarismustheoretische Ideologiekonstruktion eine antikommunistische, die Faschismus und Nationalsozialismus lediglich als reaktionäre Antwort auf den Sozialismus bagatellisiert. In dieser Lesart ist der Kollektivismus die größte Gefahr bürgerlicher Freiheit, also der Freiheit des Marktes. Die neoliberale Ideologie der Marktradikalen gedeihe am besten in der »bürgerlichen Kälte« (Adorno anführend) des »autoritären Staates« – und das autoritärste aller Systeme ist nunmal der Faschismus. Gleichwohl: »Neoliberalismus mit Faschismus zu identifizieren, wäre allerdings falsch (es gibt erhebliche Unterschiede) und käme einer Relativierung von letzterem gleich.« (S. 29). Opposition gegen den neoliberalen Wahnsinn? Fehlanzeige! Eine »neoliberal gewendete »Antifa«« (S. 32) hat längst kapituliert und dient sich dem Markt an. Mit der seit der Jahrtausendwende vorherrschenden Generation einer »Antifa 2.0« (S. 35) sei, so Witt-Stahl, die Perspektive eines revolutionären Antifaschismus und Antikapitalismus »von der Agenda der Linken« (S. 34) verschwunden. Glaubt

man der Autorin, so ist die Faschismus-Analyse der Antifa-Bewegung völlig auf den Hund gekommen. Statt den Faschismus ökonomiekritisch als bourgeoise Herrschaftsform zu begreifen, gehen Faschismustheoretiker wie Roger Griffin oder Zeev Sternhell der faschistischen Ideologie auf den Leim, indem sie diese für bare Münze nähmen. Tatsächlich ist es um eine historisch-materialistische Geschichtswissenschaft derzeit nicht gut bestellt. Und es stimmt: Griffins auf die Idee der »nationalen Neugeburt« (Palingenese) ausgerichteter Versuch einer Faschismustheorie hat bereits den Widerspruch vieler Kolleg_innen der historischen Zunft hervorgerufen. Zu unspezifisch sei sein Modell, zu wenig Beachtung fände der exkludierende, rassistische Charakter des Faschismus. Derweil zielt Witt-Stahls Argumentation immernoch auf die »Antifa 2.0«: Ihr wirft die Autorin nicht nur ihr Handeln, sondern auch ihr Nicht-Handeln vor, schließlich habe sie sich im aktuellen Konflikt in der Ukraine so gar nicht verhalten. Dabei ist der Konflikt nicht so eindimensional, wie uns die Herausgeber_innen weis machen mögen, stehen doch auf der einen Seite – der falschen? – nicht einfach nur Faschist_innen und Neoliberale und auf der anderen – der richtigen? – nicht einfach nur heroische Antifaschist_innen. Und wer sagt eigentlich, dass ausgerechnet diese beiden Parteien es sind, zu denen wir als Linke in Deutschland Stellung beziehen müssten. Aber um halbwegs ernst gemeinte Kritik geht es Witt-Stahl sowieso nicht: Diverse antideutsche Entgleisungen aufzählend, wird folgend alles mit *der* Antifa in einen Topf geworfen, was nicht passt, ganz so als hätten wir 2005 und nicht 2015. Tatsächlich nämlich tobte in der Antifa- und linksradikalen Bewegung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie im Zuge der globalisierungskritischen Mobilisierungen gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 und den G8-Gipfel von Genua 2001 in den Folgejahren ein erbitterter Streit zwischen sog. Antideutschen und antinationalen oder antiimperialistischen Linken. Die Auseinandersetzungen um Deutungshoheit haben die »Szene« nachhaltig gespalten, doch das Gros der Antifa-Gruppen ist in den vergangenen Jahren durchaus wieder zur Tagesordnung übergegangen und beteiligt sich wieder vermehrt an kapitalismuskritischen Interventionen, wovon die bundesweiten Organisations- und Bündnisprozesse *Interventionistische Linke* (IL) und ... *ums Ganze!* zeugen. Witt-Stahl nimmt das gar nicht erst zur Kenntnis. Sie wirft ihren Gegnern »ideologische Grabschändung am kommunistischen Widerstand« (S. 53) gegen das NS-Regime vor und begehrt,

möchte man meinen, diesen selbst, wenn sie die verfolgten Antifaschist_innen für ihre Predigt in Beschlag nimmt.

Da ist der sachliche Aufsatz von Mitherausgeber Michael Sommer eine ganz willkommene Abwechslung. Sommer befasst sich kritisch mit dem besonders in der antideutschen Linken beliebten Aufsatz *Antisemitismus und Nationalsozialismus* (1979) von Moishe Postone. Der heute an der University of Chicago lehrende Historiker kritisiert darin die marxistische Faschismusanalyse und stellt stattdessen »den modernen Antisemitismus« ins Zentrum der Analyse des deutschen Faschismus, interpretiert ihn als Hass auf eine in den Juden falsch personifizierte »abstrakte Wertdimension« der kapitalistischen Gesellschaft und wertet ihn daher als Revolte eines »verkürzten Antikapitalismus.« (S. 58) Postones Dichotomisierung in »abstrakt« und »konkret« resultiere aus einem falschen Marx-Verständnis, so Sommer, und führe bei seinen Adepten schließlich zu einer bloßen Einteilung der Gesellschaft in »gut« und »böse«, erkläre aber mitnichten, was Antisemitismus nun sei. Stattdessen verhindere Postones Ansatz berechnete Kapitalismuskritik, da sie »jeden sozialen Protest in »eigentlichen« Antisemitismus« (S. 88) umlüge.¹

Antifaschismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus bilden »aus guten historischen Gründen eine untrennbare Trinität« (S. 105), so Matthias Rude in seinem Beitrag. Der Autor erläutert ebenso einfach wie einleuchtend: »Faschismus bedeutet Militarismus und letztlich Krieg, weshalb die antifaschistische Bewegung antimilitaristisch sein muss und das Bündnis mit der Friedensbewegung und pazifistischen Kräften suchen muss. Und Antifaschisten müssen dies auch nach außen umsetzen, also jedwede imperialistische Kriegspolitik ablehnen, weshalb antiimperialistische Solidarität Bestandteil der antifaschistischen Ausrichtung sein muss: Antifaschismus bedeutet auch Antiimperialismus.« (S. 106) Was aber, wenn die Rechnung in einer von komplexen kriegerischen Konflikten geprägten Welt nicht aufgeht? Was, wenn die Antwort auf den von den Antideutschen herbeigesehnten US-geführten »War On Terror« nicht die Unterstützung des »irakischen Widerstands« sein soll, sein kann? Man kann der Vereinfachung nicht durch die andere Dichotomisierung begegnen. Richtig ist zwar, dass es noch nie in Ordnung war, heutige Kriegseinsätze von USA und NATO mit historischen Parallelisierungen und Rückbezügen zu rechtfertigen oder gar herbeizuwünschen. Doch ebenso falsch ist es, alle irgendwie »israelsolidarischen« Linken per se in eine rechte, neokonservative Ecke zu stellen, einfach weil nicht links sein kann, nicht darf, was tradierten linken Weis- und Gewissheiten entsagt. Stattdessen hätten sich die Autor_innen vielleicht besser auch kritisch mit den noch immer unkritisch positiven Bezügen auf irgendwelche »Befreiungsbewegungen« rund um den Globus befassen sollen. Es ist nämlich wirklich nicht alles progressiv und von Linken zu unterstützen, nur weil auf der einen Seite ein westlicher Staat mit hoch gerüsteter Armee und auf der anderen eine verwegene Truppe mit ein paar Kassam-Raketen steht.

Durchaus spannende Fragen wirft der Beitrag von Jürgen Lloyd auf, der sich den Zusammenhängen von bürgerlicher Herrschaft und Faschismus widmet. Lloyd erklärt: »Solange es gelingt, dass die Beherrschten scheinbar freiwillig an Stelle ihrer eigenen Interessen die Interessen der Herrschenden verfolgen, solange also die Methode der 'freiwilligen' Integration funktioniert, ist damit die Durchsetzung der bürgerlichen Herrschaft sowohl stabil als auch flexibel abgesichert. Deshalb ist diese Form auch stets die bevorzugte Option des Kapitals, und erst, wenn diese Integration nicht mehr die Durchsetzung der vorherrschenden Kapitalinteressen sicherstellt, wird auf eine offen gewalttätige, mit Zwang und Terror durchgeführte 'Integration' zurückgegriffen – also auf Faschismus.« (S. 126 f.) Dem Faschismus sei also nicht ideologiekritisch zu begegnen.² Stattdessen müsse Faschismus als Instrument zur Umsetzung der Interessen bürgerlicher Herrschaft verstanden werden. Folglich treffe jedwedes antifaschistisches Engagement, das auf breite Bündnisse (bspw. bis hin zu Arbeitgeberverbänden) und ein NPD-Verbot ziele, den Kern der Sache nicht und verkenne die tatsächliche Gefahr einer schleichenden »Faschisierung« der Gesellschaft. Dabei erläutert Lloyd leider nicht, was er mit »Faschisierung« eigentlich meint. Bedeutet die ideologische Verschleierung doch keineswegs, dass der Kapitalismus hinter jeder Hausecke mit dem Gespenst des Faschismus aufwartet. Das ist nämlich in den meisten Fällen gar nicht nötig, reicht doch das autoritäre Instrumentarium nominaldemokratischer Gesellschaften aus. Auch neigt der Autor zu Verallgemeinerungen, wenn er einem »breiten« Antifaschismus eine Absage erteilt, einfach weil dieser sich zum »Vollstrecker der Integrationsstrategien« (S. 136) bürgerlicher Herrschaft mache. Er unterschlägt nämlich, dass es in antifaschistischen Bündnissen durchaus immer wieder massive Auseinandersetzungen gibt, die über den gemeinsamen Anti-Nazi-Konsens hinaus gehen. Antifa-Gruppen ziehen dabei immer wieder Grenzen und debattieren über Sinn und Unsinn von Bündnissen sowohl in strategischer als auch inhaltlicher Perspektive. Auch machen sie regelmäßig deutlich, dass ihnen ein Verbot der NPD nicht ausreicht, sie die Wirkung dessen bezweifeln und den Staat maßgeblich für das Scheitern des letzten Verbotsverfahrens verantwortlich machen.

Ganz ähnlich die Argumentation eines Wolf Wetzel, der »[d]ie Angst des Antifaschismus vor seiner eigenen Idee« (S. 167) bemängelt. Der Antifaschismus habe angesichts der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erstaunlich wenig zu sagen. Das ist sicherlich richtig, doch bleibt auch Wetzel ungenau und oberflächlich, wenn nach einem sicherlich ansonsten zutreffenden Abriss der Antifa-Geschichte seit den 1980er Jahren ohne Differenzierungen von der »Staatsantifa« die Rede ist. Wetzel spricht hier nämlich von angeblich »[m]illionenschwere[n] Programme[n]« (S. 171), die initiiert wurden, um »die Opfer besser betreuen« (ebda.) zu können. Heute würden sich damit Antifaschist_innen ihre Brötchen verdienen. Tatsächlich gibt es immer wieder richti-

ge und sinnvolle Debatten über die Frage staatlicher Finanzierung antifaschistischer Arbeit. Wer sich dem Thema jedoch in gerechter Weise nähern will, sollte vorab schon konstatieren, dass es nicht die rot-grüne Regierung war, die sich 2000 das Konzept »Mobile Beratung« ausgedacht hat. Auch ist es nicht gerade ein Zuckerschlecken, die eigene Arbeit über angeblich »[m]illionenschwere« Bundes- oder Landesmittel finanzieren zu müssen.

Im Gegensatz zu dem vergleichsweise differenzierten, von Gerhard Hanloser herausgegebenen Band »*Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken*«. *Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik* (2004)³ ergehen sich Witt-Stahl, Sommer & Co. mitunter regelrecht in Hasstiraden. Daher löst die überaus unkritische Besprechung des Buches beim Online-Rezensionsportal kritisch-lesen.de durchaus Verwunderung aus.⁴ Keiner der Beiträge befasst sich kritisch mit der erstarkten Refugee-Bewegung und dem bisherigen weitgehenden Fehlen der Antifa in diesen Protesten. Keine Rede ist von der bitter nötigen und noch immer weitgehend ausbleibenden Auseinandersetzung einer undogmatischen Linken mit dem Erbe des Stalinismus.

Die Artikel zeugen von einer »autonomen« Verengung des Blickes, der mit den vielfältigen Realitäten praktischer antifaschistischer Politik und Interventionen in den Städten, aber

besonders auf dem »platten« Land wenig zu tun hat. So zeigen die Beiträge zwar durchaus die Probleme einer Antifa-Bewegung im 21. Jahrhundert auf, Lösungen bieten sie keine. Die müssten aktive Antifaschist_innen schon selbst suchen.

Yves Müller

-
- 1 Der Aufsatz findet sich in: Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Nationalsozialismus. Politische Interventionen, Freiburg i.Br. 2005, S. 165–194.
 - 2 Wenngleich Lloyd dies klipp und klar schreibt, sei darauf hingewiesen, dass sich die historische Wissenschaft seit etlichen Jahrzehnten mit der Gretchenfrage vom Primat der Ideologie oder der Ökonomie herumschlägt. Der Frage nach der Bedeutung der »Volksgemeinschaft« und des Rassenwahns zum Beispiel, Fragen von Inklusion und Exklusion in der nationalsozialistischen Gesellschaft also, möchte sich Lloyd lieber entziehen. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf Wolfgang Wippermann: »Triumph des Willens« oder »kapitalistische Manipulation«? Das Ideologieproblem im Faschismus, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, 735–759.
 - 3 Weitere Veröffentlichungen, die sich kritisch-solidarisch mit dem Antideutsch-Antiimp-Konflikt befassen, sind AK Wantok (Hg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010, hier S. 243–275; Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hg.): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken (=Texte der Rosa Luxemburg Stiftung, Bd. 66), Berlin 2010; Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland (=Texte der Rosa Luxemburg Stiftung, Bd. 48), Berlin 2008 sowie Irit Neidhardt/Willi Bischof (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000.
 - 4 Rezension von Christin Bernhold, erschienen am 1. Juli 2014, Ausgabe 33, <http://kritisch-lesen.de/rezension/killing-antifaschismus-softly> [21.07.2015]